

## Protokoll Hauptausschuss - öffentlich - vom 10.11.2020

### 1) TOP Einwohnerfragen

---

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

### 2) TOP 7-034/20 Haushalt 2021 - Beratung des Ergebnishaushalts

---

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 7-034/20/1.

#### 2.1) TOP 7-034/20/1 Haushalt 2021 - Beratung des Ergebnishaushaltes

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 7-034/20/1 ein.

Der Ergebnishaushalt weise nach neuesten Berechnungen einen Fehlbetrag von -2,1 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Ergebnis von -1,7 Millionen Euro nach den verwaltungsinternen Kürzungen von ursprünglich -3,7 Millionen Euro sei wieder eine Verschlechterung eingetreten. Aufgrund der staatlichen Maßnahmen während der Corona Pandemie unterliege das Haushaltsergebnis massiven Schwankungen. Es sei vertretbar, wenn der Haushalt aufgrund der Sondersituation einmal ausnahmsweise nicht ausgeglichen werden könne.

Amtsleiter Zoller führt dem Gemeinderat mit Erläuterungen die Präsentation „Beratung des Ergebnishaushalts 2021“ vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Im Anschluss berät der Gemeinderat einzelne Ansätze des Ergebnishaushalts und fasst folgende Beschlüsse:

#### **Ergebnishaushalt (Gesamthaushalt)**

Nr. 1 Steuern und ähnliche Abgaben, Seite 13:

#### **30310000 Vergnügungssteuer:**

Amtsleiter Zoller erläutert auf Nachfrage von Herrn Stadtrat Kuttruff, dass der Steuersatz auf Spielgeräte nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen angehoben werden könne. Die Vergnügungssteuersatzung könne gegebenenfalls im Jahr 2021 angepasst werden.

Stadtrat Kuttruff schlägt eine Erhöhung des Ansatzes der Vergnügungssteuer um 100.000 Euro von 800.000 Euro auf 900.000 Euro vor. Die Vergnügungssteuersatzung könne zeitnah im Jahr 2021 entsprechend geändert werden.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly, ergeht hierauf kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Erhöhung des Ansatzes der Vergnügungssteuer um 100.000 Euro von 800.000 Euro auf 900.000 Euro wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

### **Gewerbesteuersatz:**

Fraktionssprecher Blaurock schlägt vor, die Gewerbesteuer um 10 Punkte anzuheben.

Fraktionssprecher Greiner spricht sich dagegen aus. Es sei sinnvoller, neue Gewerbegebiete auszuweisen und Firmen anzusiedeln.

Stadtrat Rögele und Fraktionssprecher Milbradt unterstützen den Vorschlag von Fraktionssprecher Blaurock.

Amtsleiter Zoller führt aus, dass bei einer Anhebung der Gewerbesteuer um 10 Punkte Mehreinnahmen in Höhe von voraussichtlich 378.000 Euro zu erwarten seien.

Stadtrat Dr. Wagner verweist auf die kleine Haushaltsrede der FDP/FW-Fraktion in der Gemeinderatssitzung am 3. November 2020 und bittet darum, die Abstimmung darüber erst im Anschluss an die heutigen Haushaltsberatungen vorzunehmen, um vorab Einsparungsmöglichkeiten prüfen zu können. Andernfalls stimme er dagegen.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly, ergeht kein Widerspruch aus dem Gremium, die Abstimmung über den Antrag am Ende der Sitzung vorzunehmen.

Die Abstimmung über die Anhebung der Gewerbesteuer um 10 Punkte wird am Ende der Sitzung vorgenommen.

### **Grundsteuer B:**

Fraktionssprecher Milbradt schlägt vor, am Ende der Sitzung ebenfalls über die minimale Anhebung der Grundsteuer B abzustimmen.

Amtsleiter Zoller erläutert, dass bei einem Aufkommen von 3,7 Millionen Euro der Grundsteuer B die Erhöhung des Hebesatzes von 433 Punkte auf 440 Punkte Mehreinnahmen in Höhe von voraussichtlich 42.000 Euro, bei einer Anhebung auf 445 Punkte voraussichtlich 85.000 Euro Mehreinnahmen zu erwarten seien.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly, die Abstimmung über die Erhöhung der Grundsteuer B am Ende der Sitzung vorzunehmen, ergeht kein Widerspruch aus dem Gremium.

Die Abstimmung über die Erhöhung der Grundsteuer B wird ebenfalls am Ende der Sitzung vorgenommen.

Nr. 8 Zinsen und ähnliche Erträge, Seite 15:

**36510000 Erträge aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen:**

Fraktionssprecher Blaurock schlägt die Erhöhung des Ansatzes „Erträge aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen“ um 30.000 Euro auf 205.000 Euro vor.

Amtsleiter Zoller erläutert, dass die Erträge aus mehreren Bereichen seien und von den gemeldeten Jahresabschlüssen der Unternehmen abhängen. Gewinne würden nicht immer ausgeschüttet, sondern könnten auch im Unternehmen verbleiben.

Fraktionssprecher Greiner spricht sich gegen den Vorschlag aus. Das sei nicht zielführend.

Oberbürgermeister Pauly: Die Erhöhung des Gewinnanteils, beispielsweise des Zweckverbands Gasfernversorgung Baar (ZVB), sei nicht seriös, da die Stadt Donaueschingen den Gewinnanteil nicht selbst bestimmen könne.

Beschluss: Die Erhöhung des Ansatzes „Erträge aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen“ von 175.000 Euro auf 205.000 Euro wird abgelehnt.

(4 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen)

Nr. 10 Sonstige ordentliche Erträge:

**35910000 Andere sonstige ordentliche Erträge:**

Stadtrat Kuttruff schlägt vor, den Ansatz „Andere sonstige ordentliche Erträge“ von 190.550 Euro auf 350.000 Euro zu erhöhen, da dieser Betrag der niedrigste Wert der letzten fünf Jahre gewesen sei.

Beschluss: Dem Antrag, den Ansatz „Andere sonstige ordentliche Erträge“ 190.550 Euro auf 350.000 Euro zu erhöhen wird zugestimmt.

(13 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen)

**3511000 Konzessionsabgaben:**

Fraktionssprecher Blaurock schlägt vor, den Ansatz „Konzessionsabgaben“ um 30.000 Euro auf 921.828 Euro zu erhöhen.

Hierzu ergeht auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Dem Antrag, den Ansatz „Konzessionsabgaben“ um 30.000 Euro auf 921.828 Euro zu erhöhen, wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Nr. 12 Personalaufwendungen:

Fraktionssprecher Greiner schlägt vor, den Ansatz der Personalaufwendungen von 18.233,221 Euro auf 17.812,710 Euro zu senken und damit den Ansatz aus 2020 im Jahr 2021 beizubehalten. Das mache eine Verbesserung um 420.511 Euro aus.

Oberbürgermeister Pauly: Die genehmigten Stellen des Stellenplans würden voraussichtlich nicht zu 100% besetzt werden. Auch in 2020 habe es vakante Stellen gegeben. Es gebe daher einen gewissen Spielraum.

Fraktionssprecher Greiner (auf Nachfrage von Stadtrat Rögele): Durch die Kürzung des Haushaltsmittelansatzes sei keine Stellenstreichung beabsichtigt.

Amtsleiter Zoller (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Die Personalkosten würden gemäß der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) auf der Grundlage des Stellenplans bemessen, die Reduzierung des Ansatzes habe rechtlich keine Auswirkungen darauf. Der Haushaltsplan sei dennoch genehmigungsfähig.

Zu dem Antrag, den Ansatz der Personalaufwendungen von 18.233,221 Euro auf 17.812,710 Euro zu senken, ergeht schließlich auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Dem Antrag, den Ansatz der Personalaufwendungen von 18.233,221 Euro auf 17.812,710 Euro zu senken, wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Nr. 14 Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen, Seite 16:

**42110000 Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen**

**42120000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens**

Fraktionssprecher Greiner beantragt, die Ansätze für „Unterhaltung der Grundstücke“ (42110000) und „Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens“ (42120000) jeweils um 5% zu kürzen. Zudem schlägt er vor, im Zuge der Baumaßnahme „Erneuerung der Wasserleitung“ in der Saverner Straße den Straßenbelag (1. BA 2021) nicht zu erneuern.

Amtsleiter Unkel: Beide Ansätze seien bereits nach internen Besprechungen gekürzt worden. Es gebe daher kaum mehr Spielraum.

Oberbürgermeister Pauly: Der Straßenbelag der Saverner Straße sei noch in ausreichend gutem Zustand. Es gehe hier darum, Synergieeffekte zu nutzen. Das entscheide der Gemeinderat.

Fraktionssprecher Blaurock: Es handle sich hier um einen Betrag von 270.000 Euro für die Erneuerung des Straßenbelags.

Stadtrat Kuttruff bittet diesbezüglich um getrennte Abstimmungen.

Hierzu ergeht auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

Zum ersten Antrag, die Erneuerung des Straßenbelags in der Saverner Straße (270.000 Euro) zu verschieben, ergeht auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Kürzung des Ansatzes für die Baumaßnahme „Erneuerung der Wasserleitung“ in der Saverner Straße um 270.000 Euro auf 245.000 Euro wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Beschluss: Der Kürzung der Ansätze „Unterhaltung der Grundstücke“ (42110000) und „Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens“ (42120000) um 5% wird abgelehnt.

(4 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **42410400 Reinigung:**

Amtseiter Unkel (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Die Reinigungskosten seien gestiegen, da neben den Aufwendungen für Tarifierhöhungen neue Objekte wie die neue Halle in Grüningen, das Rathaus IV sowie die Kindertagesstätte „Am Buchberg“ hinzugekommen seien. Zudem seien Sonderaufträge im Bahnhofsbereich und Reinigungsarbeiten wegen Vandalismus zu durchzuführen.

Bei einem Ansatz von 960.000 Euro beispielsweise gebe es noch einen geringen Spielraum für solche Aufträge.

Fraktionssprecher Greiner schlägt vor, den Ansatz „Reinigung“ auf 960.000 Euro zu kürzen.

Hierzu ergeht auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Kürzung des Planansatzes „Reinigung“ von 1.043.230 Euro auf 960.000 Euro wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **42220000 Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen**

Stadtrat Kuttruff beantragt, den Ansatz für den „Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen“ (GwG) pauschal von 195.770 Euro auf 150.000 Euro zu reduzieren.

Nach Einwendungen bezüglich der Höhe der Kürzung von Amtsleiter Biehler und Amtsleiter Zoller wegen geplanter Anschaffungen im Rahmen der Digitalisierung und wegen voraussichtlicher Auswirkungen auf einzelne Schulbudgets, schlägt Oberbürgermeister Pauly als Kompromiss die Kürzung des Ansatzes auf 175.000 Euro vor.

Hierzu ergeht auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Reduzierung des Ansatzes für den „Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen“ von 195.770 Euro auf 175.000 Euro wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **42910000 Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen**

Stadtrat Kuttruff beantragt, den Ansatz für „Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen“ zu reduzieren.

Amtsleiter Zoller erläutert, dass hierbei hauptsächlich die Kosten für die Organisationsuntersuchung in Höhe von 50.000 Euro sowie Kosten für den Winterdienst (135.000 Euro) veranschlagt worden seien.

Stadtrat Kuttruff schlägt vor, den Ansatz für „Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen“ von 377.000 Euro auf 300.000 Euro zu reduzieren.

Hierzu ergeht auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Reduzierung des Ansatzes für „Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen“ von 377.000 Euro auf 300.000 Euro wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

## **42710111 Aufwendungen für EDV**

Stadtrat Kuttruff: Die Ausgaben für EDV-Aufwendungen seien stark ansteigend. Er schlage eine Reduzierung des Ansatzes im Jahr 2021 vor.

Amtsleiter Zoller erläutert, dass von den Aufwendungen das Einwohnermeldewesen, die Finanzverwaltung sowie das SAP-Verfahren betroffen seien.

Amtsleiter Biehler ergänzt, dass diese Position alle neun Ämter betreffe und die Mittel von den Ämtern einzeln gemeldet werden. Eine pauschale Kürzung könne daher nicht befürwortet werden.

Stadtrat Kuttruff bittet die Verwaltung um Überprüfung, ob es rechnerisch vertretbar sei, den Ansatz auf 400.000 Euro zu reduzieren.

Amtsleiter Zoller nimmt den Vorschlag auf.

## **Geschäftsordnungsantrag**

Fraktionssprecher Dr. Wagner stellt den Geschäftsordnungsantrag (§ 22 Geschäftsordnung Gemeinderat Donaueschingen), den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung an dieser Stelle zu beenden, da es bereits 21:50 Uhr sei und noch die Beratung des nichtöffentlichen Teils anstehe.

Oberbürgermeister Pauly stellt den gestellten Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss: Der Geschäftsordnungsantrag, den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung zu beenden, wird abgelehnt.

(3 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen)

## Nr. 16 Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Seite 18:

### **45170000 Zinsaufwendungen für Kreditinstitute**

Stadtrat Kuttruff beantragt, den Ansatz für „Zinsaufwendungen für Kreditinstitute“ von 50.000 Euro auf 40.000 Euro zu reduzieren.

Fraktionssprecher Blaurock stimmt dem Vorschlag unter Verweis auf die kleine Haushaltsrede der Grünen zu.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Reduzierung des Ansatzes für „Zinsaufwendungen für Kreditinstitute“ von 50.000 Euro auf 40.000 Euro wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

### **Kreisumlage**

Stadtrat Reith beantragt die Kreisumlage um 5%, also um etwa 170.000 Euro, von 10.075.000 Euro auf ungefähr 9.905.000 Euro zu reduzieren und damit den Kreisumlagesatz von 29 Prozentpunkten zugrunde zu legen.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Die Kürzung des Ansatzes für die Kreisumlage um 5 Prozentpunkte von 29,5 Prozentpunkten auf 29 Prozentpunkte wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Nr. 14 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Seite 16f:

#### **42710950 Werbung**

**THH 1 Zentrale Steuerung und Finanzen, Innenrevision, Seite 151**

#### **5470-12 Stadtbus, Erläuterungen**

Fraktionssprecher Greiner schlägt vor, den Ansatz für „Werbung, Werbeagentur“ für den Stadtbus von 20.000 Euro auf 7.500 € (Sachkonto 5470-12) zu reduzieren. Dadurch werde der Ansatz für Werbung (Sachkonto 42710950) in Höhe von 116.000 Euro um 13.500 Euro auf 102.500 Euro verringert.

Fraktionssprecher Blaurock verweist auf die vorangegangenen Beratungen der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr und spricht sich dagegen aus.

Beschluss: Die Reduzierung des Ansatzes „Werbung, Werbeagentur“ für den Stadtbus von 20.000 Euro auf 7.500 € wird abgelehnt.

(7 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen)

Nr. 17 Transferaufwendungen, Seite 18f:

#### **43180100 Familien- und Ortskernförderung**



Fraktionssprecher Greiner schlägt vor, den Ansatz für „Familien- und Ortskernförderung“ von 250.000 Euro auf 200.000 € zu reduzieren.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Reduzierung des Ansatzes für „Familien- und Ortskernförderung“ von 250.000 Euro auf 200.000 € wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Nr. 18 Sonstige Ordentliche Aufwendungen, Seite 19:

**44110025 Aufwendungen für Stellenanzeigen**

Fraktionssprecher Greiner schlägt vor, den Ansatz für „Aufwendungen für Stellenanzeigen“ von 140.000 Euro auf 75.000 € zu reduzieren.

Amtsleiter Biehler erläutert, dass die Kosten für Stellenanzeigen im Jahr 2020 bereits bei 124.000 Euro lägen.

Oberbürgermeister Pauly schlägt vor, den Ansatz von 140.000 Euro auf 120.000 Euro zu reduzieren.

Stadtrat Reinbolz spricht sich dagegen aus.

Beschluss: Der Reduzierung des Ansatzes für „Aufwendungen von Stellenanzeigen“ von 140.000 Euro auf 120.000 € wird zugestimmt.

(13 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen)

**44310200 Bücher und Zeitschriften**

**44310300 Telefongebühren**

**44310400 Kopier- und Druckkosten**

Stadtrat Kuttruff schlägt vor, die Ansätze für „Bücher und Zeitschriften“, „Telefongebühren“ sowie für „Kopier- und Druckkosten“ um 40.000 € zu reduzieren.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Der Reduzierung der Planansätze für „Bücher und Zeitschriften“, „Telefongebühren“ sowie für „Kopier- und Druckkosten“ um insgesamt 40.000 € wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **44290800 Aufwendungen für Machbarkeitsstudien/Konzepte/Wettbewerbe**

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Die Machbarkeitsstudie des Besucherlenkungskonzepts Riedsee in Höhe von 30.000 Euro sei noch nicht in Auftrag gegeben worden. Der Ansatz könne um diesen Betrag reduziert werden.

Ortsvorsteher Feucht: Er sei gegen den Verzicht auf die Machbarkeitsstudie des Besucherlenkungskonzepts Riedsee. Am ehesten könne der Ortsteil Pfohren auf das Radwegekonzept (50.000 €) verzichten.

Fraktionssprecher Greiner: Da der Umbau der Mehrzweckhalle in Pfohren (30.000 Euro) nächstes Jahr noch nicht durchgeführt werde, schlage er vor, den Ansatz für „Aufwendungen für Machbarkeitsstudien/Konzepte/Wettbewerbe“ um die dafür veranschlagten 30.000 Euro von 110.000 Euro auf 80.000 € zu reduzieren.

Beschluss: Der Reduzierung des Ansatzes für „Aufwendungen für Machbarkeitsstudien/Konzepte/Wettbewerbe“ um 30.000 € von 110.000 Euro auf 80.000 € wird zugestimmt.

(10 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen)

Amtsleiter Zoller fasst auf Nachfrage aus dem Gemeinderat zusammen, dass das Ergebnis des Ergebnishaushalts aufgrund der vorgenommenen Änderungen von -2,1 Millionen Euro auf ungefähr -602.000 Euro verbessert werden könne.

Die Sitzung wird von 22:26 bis 22:30 Uhr unterbrochen.

#### **Gewerbsteuer**

Oberbürgermeister Pauly eröffnet die Sitzung um 22:30 Uhr. Er stellt die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte zur Abstimmung. Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

Beschluss: Der Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte wird nicht zugestimmt.

(6 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

## **Grundsteuer B**

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly wird die Abstimmung über die Erhöhung der Grundsteuer B aus dem Gemeinderat nicht mehr gewünscht.

Gesamtbeschluss: Die Ergebnisse aus den Beratungen des Ergebnishaushaltes werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

### **3) TOP Mitteilungen der Verwaltung**

---

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

### **4) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat**

---

#### **Stellungnahme Stadt Donaueschingen - Standortübungsplatz**

Fraktionssprecher Blaurock fragt nach der Stellungnahme der Stadt Donaueschingen zur Neuschaffung eines Standortübungsplatzes für das Jägerbataillon 292 am Standort Donaueschingen.

Amtsleiter Unkel: Die Stellungnahme liege bereits vor und werde den Gemeinderäten zur Kenntnisnahme zugesendet.